

Ausschuß für Innere Verwaltung

Protokoll

46. Sitzung (nicht öffentlich)

13. Januar 1994

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.45 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Reinhard (Gelsenkirchen) (SPD)

Stenograph: Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Wahl eines stellvertretenden Ausschußvorsitzenden

1

Der Ausschuß wählt als Nachfolger für den Abgeordneten
Dr. Lichtenberg einstimmig den

Abgeordneten Stallmann (CDU)

zum stellvertretenden Ausschußvorsitzenden.

**2 Bericht des Innenministers über die von ihm noch beabsichtigten
Gesetzesinitiativen für den verbleibenden Rest der Legislaturperiode**

2

StS Riotte (IM) berichtet.

- 3 Festlegung eines Zeitplans für die abschließende Beratung der noch im Innenausschuß anhängigen Gesetzentwürfe und Anträge** 3

In einer kurzen Aussprache klärt der Ausschuß Verfahrensfragen zu mehreren anhängigen Beratungsgegenständen.

- 4 Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen - 1. Halbjahr 1993 -**

Vorlage 11/2579 5

- Ergänzender Bericht von MDgt Dr. Baumann (IM) zur Entwicklung im 2. Halbjahr 1993 5
- Aussprache 11

- 5 Gesetz zum Datenschutz im Gesundheitswesen - GDSG NW -**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/5705

Vorlagen 11/2449 und 11/2578

Zuschrift 11/2886

14

Nach kurzer Aussprache wird ein Vertagungsantrag des Abgeordneten Appel (GRÜNE) mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. abgelehnt.

Auf Antrag der CDU-Fraktion wird mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der GRÜNEN beschlossen, gegenüber dem federführenden Ausschuß keine Stellungnahme abzugeben.

6 Gesetz über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt (Umweltinformations- und Akteneinsichtsrechtsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen - UAG NW)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 11/5387

Vorlagen 11/2420 und 11/2547

15

Nach Entgegennahme einer kurzen Information von StS Riotte (IM) beschließt der Ausschuß auf Antrag der SPD mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. gegen die Stimme der GRÜNEN, auch zu diesem Gesetzentwurf nicht Stellung zu nehmen.

7 Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache 11/6235

16

Nach kurzer, abschließender Aussprache wird der Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der GRÜNEN abgelehnt.

8 Nordrhein-Westfalen gegen "Lauschangriff"

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 11/3804

17

Nach Austausch der Fraktionsstandpunkte vereinbart der Ausschuß, trotz des Fehlens eines Votums des mitberatenden Rechtsausschus-

ses schon heute abzustimmen. Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. gegen die Stimme der GRÜNEN abgelehnt.

Berichterstatter: Abgeordneter Appel (GRÜNE)

9 Verstärkte Bekämpfung der organisierten Kriminalität

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/3645

19

Der Antrag wird nach kurzer, abschließender Beratung mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Berichterstatter: Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.)

10 Kein Zurückweichen vor Straftätern - Mißbrauch des Demonstrationsrechts konsequent bekämpfen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/6233

21

Die Beratung wird auf Wunsch der CDU-Fraktion auf den 24. Februar 1994 vertagt.

11 Merkmal "Ausländer" aus Kriminalstatistik entfernen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/5628
Vorlage 11/2670

21

Der Ausschuß setzt seine Beratung fort und stimmt dann über den Antrag ab. Er wird mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. gegen die Stimme der GRÜNEN abgelehnt.

Berichterstatter: Abgeordneter Moron (SPD)

12 Neugliederung des Katastrophenschutzes in Nordrhein-Westfalen

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/6366

24

StS Riotte (IM) erstattet einen kurzen Bericht. Der Ausschuß vertagt einvernehmlich die weitere Beratung; sie soll nach Vorliegen der vom Bund hierzu erwarteten Vorschläge erfolgen.

13 Umsetzung des neuen Asylrechts

Vorlage 11/2384

25

Die Berichterstattung wird auf den 24. Februar vertagt; zu der Sitzung wird von der Landesregierung eine Vorlage erbeten.

14 Leistungen an die Kommunen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Antrag der CDU-Fraktion vom 16. Dezember 1993

26

Der Ausschuß nimmt einen Bericht von StS Riotte (IM) entgegen.

15 Entwicklung der Zahl der Straftaten mit Waffengebrauch und Vordringen osteuropäischer Banden organisierter Krimineller

Antrag der CDU-Landtagsfraktion vom 30.11.1993

27

StS Riotte (IM) nimmt Stellung.

16 Bericht des Innenministeriums von der Innenministerkonferenz von Bund und Ländern

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.11.1993

29

Der Ausschuß soll das Protokoll über die Innenministerkonferenz erhalten.

5 Gesetz zum Datenschutz im Gesundheitswesen - GDSG NW -

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5705
Vorlagen 11/2449 und 11/2578
Zuschrift 11/2886

Der Vorsitzende weist darauf hin, daß eine Stellungnahme des Innenausschusses gegenüber dem federführenden Ausschuß heute abgegeben werden müsse.

Die SPD-Fraktion stimmt nach den Worten des Abgeordneten Frechen (SPD) dem Gesetzentwurf der Landesregierung im Grundsatz zu, meine jedoch, daß bei den §§ 2, 5, 8, 9 und 25 einige Änderungen, die weitestgehend den Vorstellungen des Datenschutzbeauftragten entsprächen, vorgenommen werden sollten. Er schlägt vor, dem Gesetzentwurf mit diesem Votum zuzustimmen, die Konkretisierung aber dem federführenden Ausschuß zu überlassen.

Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.) weist darauf hin, daß die SPD-Fraktion ihre Änderungsvorschläge kurzfristig in den federführenden Ausschuß eingebracht habe. Bei den gestrigen Beratungen des Arbeits- und Sozialausschusses habe er darüber hinaus den Eindruck gewonnen, daß auch die Landesregierung beabsichtige, die Ergebnisse der bisherigen Diskussionen einzuarbeiten. Er halte es für sinnvoll, diese Vorstellungen in die Mitberatung des Innenausschusses aufzunehmen, statt Änderungen zu empfehlen, die man gar nicht genau kenne.

Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU) führt aus, die CDU-Fraktion teile im Grundsatz das Anliegen des Gesetzentwurfs, habe jedoch einige Änderungswünsche, die dem federführenden Ausschuß vorgetragen werden sollten. Auch er würde nicht gerne zu den Änderungsvorschlägen der SPD-Fraktion ja sagen, ohne sie zu kennen, und plädiere deshalb dafür, keine Stellungnahme abzugeben.

Abgeordneter Appel (GRÜNE) spricht sich dafür aus, heute nicht zu entscheiden, sondern die Stellungnahme der Landesregierung zu den Anmerkungen des Landesbeauftragten für den Datenschutz abzuwarten, darüber zu diskutieren und über die Anträge der Fraktionen abzustimmen. Die GRÜNEN hätten ebenfalls die Absicht, einige Änderungen zu beantragen, beispielsweise zu § 7, der bisher keine Rücksicht

darauf nehme, daß Patientendaten auch im Ausland verarbeitet würden. Außerdem wolle seine Fraktion anregen, zu den Beratungen des federführenden Ausschusses noch Sachverständige aus dem Datenschutzbereich, z. B. Prof. Steinmüller aus Bremen, hinzuzuziehen.

Abgeordneter Frechen (SPD) spricht sich gegen eine Vertagung aus. Es könne nicht sinnvoll sein, die Arbeit doppelt zu leisten. Die Erörterung der Details sollte dem federführenden Ausschuß überlassen bleiben.

Dem vom **Abgeordneten Paus (Detmold) (CDU)** wiederholten Vorschlag, nicht Stellung zu nehmen, kann **Abgeordneter Frechen (SPD)** sich anschließen; er bittet jedoch, den in der Diskussion gegebenen Hinweis, daß die SPD-Fraktion Änderungsbedarf - in Richtung der Vorstellungen des Datenschutzbeauftragten - sehe, in das Schreiben an den federführenden Ausschuß aufzunehmen.

Der **Vorsitzende** läßt abstimmen. - Der Ausschuß lehnt zunächst den Antrag des **Abgeordneten Appel (GRÜNE)** auf Vertagung mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. ab. - Der Antrag der CDU-Fraktion, zu dem Gesetzentwurf nicht Stellung zu nehmen, wird mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der GRÜNEN angenommen.

6 Gesetz über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt (Umweltinformations- und Akteneinsichtsrechtsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen - UAG NW)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 11/5387

Vorlagen 11/2420 und 11/2547

Der **Vorsitzende** erinnert an die bereits stattgefundene Beratung, in der der Ausschuß das Innenministerium gebeten habe, über den Sachstand auf Bundesebene zu berichten.